

Daniel Mullis

Die Stadt im Neoliberalismus Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen

Milton Friedman verkündete 1972 auf der Tagung der Mont Pelerin Society (MPS), die 1947 zum Zweck intensiver Diskussionen neoliberaler Ideen und Lobbyarbeit gegründet worden war, dass der Wettkampf der Ideen zu ihren Gunsten habe entschieden werden können (Peck 2008). Damit verweist Friedman in aller Deutlichkeit darauf, dass der Paradigmenwechsel hin zum Neoliberalismus keineswegs ein alternativloser war. Dennoch, die neoliberale Idee gilt heute weitgehend als alternativlos und ist als solche zum zentralen Paradigma des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Akkumulationsregimes avanciert.

In aller Kürze kann Neoliberalismus als ein Prozess beschrieben werden, der marktorientierte Lösungen bevorzugt, die Kommodifizierung möglichst aller Lebensbereiche anstrebt und oftmals spekulative Finanzinstrumente zur Öffnung neuer Bereiche zur Profitgenerierung mobilisiert (Brenner et al. 2010, S. 329 f.). Zentral dabei ist, dass ideologisch eine Konvergenz zwischen den politischen Interessen der Staatlichkeit einerseits und den wirtschaftlichen Interessen der Privatwirtschaft andererseits hergestellt wird (Peck 2010). Insofern handelt es sich beim Neoliberalismus um ein politisches Projekt, so Jamie Peck (2010, S. 108), das mittels intensiver Lobbyarbeit im Interesse von Großkonzernen, finanziellen Eliten, Aktienbesitzerinnen und -besitzern und transnationalen Investorinnen und Investoren politisch durchgesetzt wurde. David Harvey (2009a, S. 37) seinerseits beschreibt Neoliberalisierung als „*Restoration und Konsolidierung von Klassenmacht*“, welche diesbezüglich auch sehr erfolgreich war. Wichtig zu betonen ist aber, dass zwischen neoliberaler Ideologie bzw. neoklassischer Wirtschaftstheorie und dem real existierenden Neoliberalismus notwendigerweise Unterschiede bestehen, zumal Ideologie nicht eins zu eins implementiert werden kann. Vielmehr handelt es sich dabei um einen Mechanismus, um eine anrufbare Externalität (Hardt, Negri 2003, S. 100), womit Handlungsweisen untermauert und legitimiert, oder wie Louis Althusser (1977, S. 112) betont, die Herrschaft gesichert werden soll.

Fast vierzig Jahre nach der Ausrufung des ideellen Sieges ist im Zusammenhang mit den massiven Staatseingriffen zur Rettung des Bankenwesens und

zur Stützung der Konjunktur nach der Eskalation der Finanzkrise im Sommer 2008 erneut eine rege Debatte über die Zukunft des Neoliberalismus angefangen worden, und nicht wenige Kommentatorinnen und Kommentatoren sahen sein Ende kommen. Jedoch häuften sich schon bald die Anzeichen dafür, dass das politische Projekt der Neoliberalisierung alles andere als am Ende war. So resümierte etwa Olivier Marchart Ende 2010, dass die Krise im Gegenteil zum Anlass genommen worden sei, das Projekt weiter zu vertiefen. Damit beschreibt Marchart einen Prozess, den Naomi Klein (2007) in „Die Schock-Strategie“ als gängiges Muster der Neoliberalisierung der letzten vierzig Jahre beschreibt: Schocks bzw. sozioökonomische Krisen, angefangen beim Putsch in Chile (1973) bis hin zu den Verwüstungen durch den Hurrikan Katrina (2005) im Süden der USA, seien jeweils von Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik geschickt ausgenutzt worden, um den Prozess der Neoliberalisierung auszuweiten und zu vertiefen.

Der politische Prozess der Implementierung der neoliberalen Ideologie hat aber die Wirkungsebene der Ökonomie im engeren Sinne längst verlassen und den Druck der Wirtschaftlichkeit auch auf soziale Einrichtungen, öffentliche Institutionen, Dienstleistungen und Individuen übertragen. Durch die Reduzierung nationalstaatlicher Umverteilungsmechanismen und das Übertragen vormals finanzpolitisch staatlicher Aufgabenbereiche auf die Kommunen wurden Regionen und Städte seit den 1970er Jahren zunehmend in ein Konkurrenzverhältnis um Unternehmensansiedlungen, zahlungskräftige Steuerzahlerinnen und -zahler und die verbliebenen staatlichen Fördermittel versetzt (Harvey 1989, S. 5). Aber die Implementierung des Neoliberalismus ist nicht nur Folge dieser von oben wirkenden Praxen, sondern auch Ergebnis komplexer Wechselwirkungen und Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen politischen Skalen (Brenner 1999). In diesem politischen Aushandlungsprozess steht die Stadt als Ort der sozialen Interaktion und der politischen Macht im Brennpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und ist somit von der neoliberalen Implementierung nicht nur betroffen, sondern auch zentraler Ort der Produktion und Modifikation des Projektes (Brenner 1999; Brenner, Theodore 2002; Harvey 1985, 2008; Mitchell 1997; Mayer 2007).

Der folgende Beitrag widmet sich der Frage, was die konkreten Auswirkungen einer neoliberalen Stadtpolitik sind, in welcher Art und Weise neoliberale Konzepte in städtische Politiken implementiert wurden, diese modifizierten, anpassten und somit auch zu einem wesentlichen Ort der Produktion der Neoliberalisierung wurden. Letztlich widmet sich der Beitrag aber auch den möglichen Perspektiven für eine linke Metropolenpolitik. Hierfür werden in einem ersten

Abschnitt in Form einer historischen Betrachtung, die sich an der Epocheneinteilung von Jamie Peck und Adam Tickell (2002) orientiert, die Prozesse und Kerninhalte, welche die Neoliberalisierung kennzeichnen, diskutiert. In einem zweiten Abschnitt wird auf die Ebene der Stadt und die vielfältigen politischen Implementierungen des Neoliberalismus eingegangen. Zuletzt und anstelle eines Fazits werden schließlich mögliche Perspektiven für eine linke Metropolenpolitik skizziert.

1. Neoliberalismus

Der heutige Neoliberalismus bezieht sich auf den britischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Der Liberalismus – und darauf aufbauend auch der Neoliberalismus – basieren auf dem Glauben an die freie Marktwirtschaft, die sich aus einer moralphilosophischen Theoretisierung des Individuums und der Überwindung einer transzendenten Welterklärung ableitet und den Markt als bestes Mittel zur Allokation von Gütern theoretisiert.

Proto-Neoliberalismus

Im Zuge der beiden Weltkriege und der großen Depression der 1920/30er Jahre verlor der Liberalismus als realpolitisches Paradigma an Bedeutung. Gewisse Elemente wurden aber von den westlichen Siegermächten, insbesondere von den USA, schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen, indem eine teilweise Vernetzung nationalstaatlicher Märkte angestrebt wurde (Hayek 1973, S. 99). Doch sind diese Bemühungen eher als Einzelereignisse und im Kontext geo- und machtpolitischer Überlegungen im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der spezifischen innereuropäischen Machtkonstellation zu verstehen (Judt 2009). Denn im Großen und Ganzen orientierte sich die Wirtschaftspolitik der ersten drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg eher an einem keynesianischen Modell der antizyklischen Intervention, dem sozialpartnerschaftlichen Korporatismus und an der Politik der Vollbeschäftigung, die durch staatliche Regulierung erreicht werden sollte.

Die Opposition zum Keynesianismus war es dann auch, welche die Angehörigen von sehr heterogenen neoliberalen Schulen in der MPS eintrug. Diese Phase der theoretischen Debatten, welche schließlich in einer effektiven Implementierung münden sollten, bezeichnen Peck und Tickell (2002, S. 388) als Proto-Neoliberalismus. Der am Keynesianismus vorgetragene Hauptkritikpunkt war, dass der Staat zu sehr in den Markt eingreife und durch die entstehende Staatsverschul-

dung und marktverzerrende Maßnahmen das gesamte wirtschaftliche Gefüge ernsthaft in Gefahr bringen würde (Hayek 2003b).

Vom Roll-back- zum Roll-out-Neoliberalismus

Zentral für den Paradigmenwechsel, der sich in den 1970/80er Jahren vollziehen sollte und somit das ideologische Projekt die rein theoretische Ebene des Neoliberalismus überwinden ließ, war das Abflachen des Nachkriegsaufschwunges ab Mitte der 1960er Jahre. Die Krise äußerte sich primär in einer Überproduktion innerhalb der USA, Europas und Japans (Millet, Toussaint 2004, S. 20) sowie in einem Absinken der Profitraten, welche auch aufgrund der gestiegenen Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter unter Druck gekommen waren. Ab den 1970/80er Jahren trieben die westlichen Industriestaaten im Sinne der neoliberalen Ideologie die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte, die Untergrabung der gewerkschaftlichen Macht, den Sozialabbau und die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland voran, um so die sich ausweitende Krise unter Beibehaltung der bestehenden Machtverhältnisse zu lösen (Peck 2008; Harvey 2009a).

Peck und Tickell (2002, S. 388 ff.) beschreiben diese erste neoliberale Implementierung als Roll-back-Neoliberalismus. Dieser Prozess des Roll-back, der wesentlich durch die politischen Administrationen von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA geprägt war, trieb vorrangig den Rückbau (Roll-back) der umverteilenden Elemente des Wohlfahrtsstaates voran. Die ökonomische Leitliniensetzung wurde zunehmend von der nationalstaatlichen auf die supranationale Ebene verlagert. Dabei spielten internationale Organisationen wie etwa die G7/8, die WTO und ihre Vorläufer, der IWF und die Weltbank, aber auch die EU und ihre Vorläuferorganisationen eine zentrale Rolle. Die Nationalstaaten wurden im Zuge dieser politischen Umstrukturierungen in ein deregulierendes, marktorientiertes und internationales Vertragsnetzwerk eingebunden, was jedoch, wie Neil Brenner (1999, S. 438) betont, nicht als Zerfall des Staates interpretiert werden sollte. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenz auf die supranationale Ebene diente aber mit dem Verweis auf die Verträge und daraus resultierenden Marktzwänge der Durchsetzung und Legitimierung unpopulärer liberalisierender Gesetze, Beschneidungen des Wohlfahrtsstaates, Privatisierungen und Deregulierungen. Gleichzeitig setzte aber auch ein down-scaling von Verantwortlichkeit ein, und im Zusammenhang mit der Reduktion finanzieller Unterstützung für die Kommunen durch Steuergelder von den Landes- und Bundesregierungen

mussten Städte zunehmend eigenständig wirtschaftlich handelnde Einheiten werden (Harvey 2009b).

Der Wandel des Projektes vom Roll-back- hin zum Roll-out-Neoliberalismus im Verlauf der 1990er Jahre war die Folge der inhärenten Krisentendenzen des Neoliberalismus, die in sozialen Verwerfungen und entsprechenden Legitimationsdefiziten seitens der Befürworterinnen und Befürworter ihren Ausdruck fand. Dabei erwies sich das neoliberale Programm unter der politischen Administration der Demokraten in den USA und sozialdemokratischen Regierungen in Europa und Japan als sehr anpassungsfähig. Der so genannte Roll-out-Neoliberalismus wurde stärker als vorher staatlich organisiert, institutionalisiert und in ein ganzes Gefüge technokratischer und vor dem Zugriff demokratischer Kontrolle befreiter Institutionen eingebettet (Peck, Tickell 2002, S. 389 ff.). Gleichzeitig wurden auch gewisse soziale Ausgleichsmechanismen eingeführt, welche aber nicht zuletzt von einer Ausdehnung des repressiven Charakters der Staatlichkeit begleitet wurden (Foucault 2006; Demirović 2008; Opitz 2008), und wie Peck und Tickell betonen, primär repressiv auf die von der Neoliberalisierung Marginalisierten einwirkte.

No longer concerned narrowly with the mobilization and extension of markets (and market logics), neoliberalism is increasingly associated with the political foregrounding of new modes of „social“ and penal policymaking, concerned specifically with the aggressive reregulation, disciplining, and containment of those marginalized or dispossessed by the neoliberalization (Peck, Tickell 2002, S. 389).

Diese Verschiebung der Staatlichkeit sollte aber nicht erstaunen, zumal die Rolle des Staates in den verschiedenen neoliberalen Schulen stets kontrovers debattiert worden war. Kurz können zwei grundlegende Pole der Staatsauffassung herausgearbeitet werden (Foucault 2006), im Rahmen des Roll-back verschob sich die Dominanz von ersterem zu letzterem. Einerseits sind dies die Chicagoer und Österreichische Schule, welche eine rein evolutorische Entwicklung der Marktwirtschaft vorsehen und jegliche staatliche Intervention ablehnen, andererseits die deutsche Schule des Ordoliberalismus, welche die Marktwirtschaft als „Veranstaltung“ des Staates propagiert (Ptak 2007, S. 32 f). Beiden gemein ist, dass der Staat als Grundlage für den freien Markt verstanden wird, indem er, so Friedrich A. von Hayek (2003a, S. 260), das Gesetz durchsetzt, wofür der Staat das Monopol zur Ausübung von Zwang erhält (Hayek 2005, S. 307).

Post-Neoliberalismus?

Gegenwärtig und als Folge der 2008 ausgebrochenen Wirtschaftskrise befindet sich das neoliberale Projekt erneut in einem Umbruch. Im Rahmen der Debatte zeigen sich rhetorische Verschiebungen am deutlichsten in der Forcierung regulatoriver Eingriffe in das Bankenwesen. Brenner et al. (2010, S. 328) verweisen aber darauf, dass diese regulatorischen Bestrebungen so neu nicht seien und es schon vor dem Zusammenbruch des Bankenwesens 2008 solche gegeben habe (ebd., S. 334 ff.). Am World Economic Forum (WEF), einem der wichtigsten alljährlichen informellen Treffen von Wirtschaft und Politik, wurden im Januar 2011 in doppelter Hinsicht weitere Brüche fassbar: Einerseits – wie sich dies aber im Rahmen der WTO- und G20-Verhandlungen schon abgezeichnet hatte – prangerten Vertreterinnen und Vertreter der Schwellenländer, allen voran jene Chinas, Brasiliens und Indiens, die soziale Polarisierung und Ungleichheit als für die aktuelle Krise mitverantwortlich an und stellten sich damit gegen die Auffassung der westlichen Industriestaaten, andererseits wurde aber auch deutlich, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Finanzsektors nach einer zweijährigen Phase der Zurückhaltung wieder klarere Forderungen an die Politik stellten und teilweise massive Angriffe auf die geplanten Regulierungen und staatlichen Regierungen führen (Borer 2011; Kobler 2011). Mit welcher Form von Politik künftig zu rechnen ist, verdeutlicht zudem in eine Betrachtung der konkreten politischen Handlungsweisen. So hat etwa die EU-Kommission bei der Präsentation ihrer Außenhandelsstrategie Ende 2010 klar gemacht, dass sie am freien Handel und der Liberalisierung festhalten werde (Bruderer 2010), und auch die Strategie der G20 (2009, 2010) oder des IWF (Soltermann, Mugglin 2009) deuten nicht auf eine Abkehr von den Grundgedanken des freien Marktes und Wettbewerbs hin. Nicht zuletzt lässt aber die staatliche Übernahme der privaten Verbindlichkeiten der Banken zur Stützung des Bankenwesens auf eine anhaltende Dominanz einer neoliberal konfigurierten Politik schließen (Harvey 2009a).

Eine ähnliche Situation zeigt sich, so Sebastian Schipper und Bernd Belina (2009), auch auf kommunaler Ebene in Deutschland, wo am 35. Deutschen Städtetag zwar rhetorisch durchaus ein Bruch mit dem neoliberalen Paradigma festzustellen war, aber, wie es das abschließende Thesenpapier des Städtetags betont, wegen der allgemeinen Finanznot der Kommunen weitere Einsparungen und eine verstärkte Förderung der Standortqualitäten der Städte anzustreben seien.

2. Neoliberale Räume und die Stadt

Neil Brenner und Nik Theodore (2002, S. 357) fassen die auf der kommunalen Ebene zu beobachtenden Abweichungen konkreter sozioökonomischer Restrukturierungsprozesse von der neoliberalen Ideologie als *Actually Existing Neoliberalism*. Peck (2010) betont diesbezüglich, dass sich neoliberale Politiken jeweils pfadabhängig und in vielfältigen lokalen Policy-Experimenten entwickeln würden, wobei eine ausgeprägte Trial-and-Error-Mentalität vorherrsche, und der Implementierungsprozess in wesentlicher Weise vom Scheitern lernen würde. Die daraus entstehende Heterogenität der Implementierungsweise sei, so Brenner et al. (2010, S. 332), wegen der positiven und anregenden Vielfalt letztlich gar ein wesentlicher Antrieb für die Weiterentwicklung des Projektes. Peck und Tickell (2002, S. 394 f.) ist daher wichtig zu betonen, dass im Neoliberalismus keine monokausale Ursache für den zu beobachtenden Wandel der städtischen Politik zu sehen sei, unterstreichen gleichzeitig aber die herausragende Bedeutung des Neoliberalismus als Wegbereiter und Legitimation für den städtischen Wandel.

Auch wenn die Neoliberalisierung von Fall zu Fall in unterschiedlicher Weise abläuft und in eine Vielzahl von spezifischen lokalen Politiken mündet, kann an der oben dargestellten neoliberalen Konzeption eine gemeinsame Stoßrichtung der Politiken festgemacht werden, die sich im Wandel zur „Unternehmerischen Stadt“, einer Umstrukturierung von Verwaltungsabläufen, markt- und wettbewerbsbedingter Neuorientierung sowie in der Adaption einer Aufwertungslogik manifestiert.

Unternehmerische Stadt

Der Wandel vom sozialstaatlichen Modell hin zur Unternehmerischen Stadt, gekennzeichnet von einer Verschiebung der städtischen Kernaufgaben weg von sozialstaatlicher Verwaltung hin zum betriebswirtschaftlichen Management (Harvey 1989), ist begrifflich in der Verschiebung von Government zu Governance zu fassen, worunter eine Verschiebung der politischen Leitliniensetzung weg von der Regierung (Government) hin zu einer breiteren interessensbedingten Koalition der Stakeholder, Behörden und Politik (Governance) zu verstehen ist. Regierung wurde dabei aber nicht durch Governance ersetzt und daher ist unter Governance eher eine Regierungsform zu verstehen, die von der Regierung praktiziert wird und in der Etablierung von öffentlich-privaten Kooperationen ihren Ausdruck findet (Heeg, Rosol 2007, S. 493). Harvey (1989, S. 5) legt insofern Wert darauf, dass Governance viel mehr sei als Government, zumal die wirkliche Kraft, das urbane Leben zu reorganisieren, meist nicht bei der Regierung allein,

sondern bei einer breiteren Koalition städtischer Akteure liege, deren Interessen die Regierung zu koordinieren habe.

The power to organise space derives from a whole complex of forces mobilised by diverse social agents. It is a conflictual process, the more so in the ecological spaces of highly variegated social density. Within a metropolitan region as a whole, we have to look to the formation of coalition politics, to class alliance formation as the basis for any kind of urban entrepreneurialism at all (Harvey 1989, S. 5).

Ein weiteres zentrales Element der unternehmerischen Stadtpolitik ist der Versuch, die Stadt im Konkurrenzkampf um Investitionen, Arbeitskräfte, Kulturschaffende und „Kreative“, nationale Fördermittel sowie finanzielle, administrative und informationelle Kontroll- bzw. Befehlsfunktionen möglichst gut zu positionieren, um darüber die private Kapitalakkumulation mittels harter und weicher Standortfaktoren zu stimulieren (Heeg, Rosol 2007, S. 493). Folge dieser Politik war neben dem Verkauf städtischer Infrastruktur und der Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen an private Anbieterinnen und Anbieter auch ein breiter Prozess der Kommodifizierung, worunter die Umwandlung eines öffentlichen Gutes zur handelbaren und kommerziell nutzbaren Ware zu verstehen ist. Damit wird darauf abgezielt, den Zugriff des Investitionskapitals auf bisher nicht der Marktlogik unterworfenen Bereiche zu ermöglichen (Ptak 2007, S. 35). Davon betroffen sind nicht nur städtische Dienstleistungen, sondern auch die öffentlichen Räume, der Kulturbetrieb oder die Freizeitgestaltung, die allesamt immer stärker einer Logik der Profitmaximierung und des Konsum(zwang)s unterstellt werden. Insgesamt sei, so Harvey (1992, S. 125), die Qualität des städtischen Lebens wie auch die Stadt selbst zu einer Ware geworden.

Neben dem realen Verkauf öffentlicher Güter wurde auch das Modell der Public-Private-Partnership (PPP) zu einem wichtigen Element, das aber in Deutschland verhältnismäßig wenig Einfluss hatte (Waßmuth 2010, S. 45). Dabei werden öffentlich finanzierte Aufträge an Private übergeben, wobei die öffentlichen Institutionen ein gewisses Maß an Steuerungskompetenz behalten (Engartner 2007, S. 115), jedoch typischerweise von starken Macht-, Informations- und Kapazitätsasymmetrien zu Gunsten der privaten Investorinnen und Investoren überlagert werden. Von diesen Machtasymmetrien ausgehend, vermag die öffentliche Hand meist nicht genügend Druck aufzubauen, um „*Monopolmacht im Interesse sozialer Anforderungen zu verhindern*“, weshalb Gewinne oft privatisiert, Verluste dagegen sozialisiert werden (Pelizzari, Zeller 2005, S. 34 f.).

Ebenfalls ein gängiges Modell, das eine Form von Privatisierung darstellt und das im Gegensatz zum PPP auch in Deutschland zwischen 1995 und 2003 weit verbreitet war (Reiner 2010, S. 47), ist das Cross Border Leasing (CBL).

Dabei wurden transnationale Leasingverträge – in der Regel über 99 Jahre – für kommunale Einrichtungen abgeschlossen. Diese Objekte wurden von den Kommunen mittels Rückmietungsverträgen, welche eine Laufzeit zwischen 24 und 30 Jahren haben, umgehend wieder zurückgemietet. Nach deren Auslaufen können die städtischen Behörden von einer Rückkaufklausel Gebrauch machen, tun sie dies nicht, fällt die verleaste Infrastruktur gänzlich den Investorinnen und Investoren zu (Pelizzari, Zeller 2005, S. 35). Kommunen ermöglichte dieses Vorgehen, in kurzer Zeit viel Geld einzunehmen, umgekehrt eröffnete sich für die US-amerikanischen Investorinnen und Investoren, weil in den USA für Investitionen in anderen Staaten große Steuererleichterungen gewährt wurden (Harvey 2009b), die Möglichkeit zur Reduktion der Steuerlast. Per März 2004 wurde dieses Vorgehen durch den US-Senat als missbräuchliche Steuererleichterung sanktioniert, aber nicht gänzlich verboten, was für Deutschland bedeutet, dass seit 2004 keine neuen CBL-Verträge abgeschlossen werden können, die bestehenden aber weiterlaufen. Längerfristig wirken sich solche Leasingverträge wegen der Risikoaufteilung unter den Vertragspartnerinnen und -partnern, welche meist zu Ungunsten der Kommunen ausfällt, für die Stadt finanziell oftmals – auch wenn nicht immer – negativ aus (Reiner 2010, S. 48 ff).

Alessandro Pelizzari und Christian Zeller (2005, S. 23) verweisen zudem darauf, dass über den Ausverkauf öffentlichen Besitzes die demokratische Entscheidungskompetenz entzogen wird und die Chancengleichheit nicht gewährleistet werden kann. Zusammenfassend zieht Tim Engartner (2007, S. 116), gerade auch wegen der produzierten sozialen Ungleichheit dieser Prozesse, ein negatives Fazit und verweist darauf, dass die Veräußerung von öffentlichem Eigentum primär Personenkreise betreffe, die keine starke Lobby hinter sich wissen und wirtschaftlich nur von „geringem Interesse“ seien.

Umstrukturierung der Verwaltung

Im Zusammengang mit der Diffusion marktwirtschaftlicher Ideen in beinahe alle gesellschaftlichen Bereiche setzten Kommunalverwaltungen intern zunehmend auf marktwirtschaftliche Organisationsstrukturen, was in vielen Fällen in eine Umstrukturierung der Aufgabenverteilung zwischen Politik und Verwaltung nach den Vorgaben des New Public Management (NPM) mündete. Diese Umstrukturierungen, welche sich an einer betriebswirtschaftlichen Effizienzmaxime orientieren, führten zu einer Verschiebung von Kompetenzen hin zur Verwaltung und verminderten dadurch die demokratische Einflussnahme. Henrik Lebuhn (2007) unterstreicht, dass NPM-Programme explizit auf die Ökonomisierung der

öffentlichen Institutionen selbst abzielen würden, was letztlich die Kommunen durch selbst auferlegte Gesetze und Regelungen zur Effizienz und konsequenten Ausgabenkontrolle zwingt. Insofern habe es die Politik verstanden, die Privatisierungsstrategie vor dem öffentlichen Eingriff – bisweilen auch von Eingriffen der Politik selbst – abzusichern:

Eine neoliberal konfigurierte Bürokratie schließt Privatisierungspolitik „hermetisch“ ab; sie gibt sich tendenziell unpolitisch, interessen- und subjektlos. Sie konstruiert einen Privatisierungszwang und vertieft die bestehenden Konkurrenzen [...]. So wird der neoliberale Umbau der Stadt gegen jede Form von Kritik, Protest und Diskussion immunisiert und gegen die Interventionen außerparlamentarischer Akteure und progressiver LokalpolitikerInnen abgedichtet (Lebuhn 2007, S. 544).

In diesem Kontext spielen aber auch die vielschichtigen Vertragswerke, wie etwa das GATT, die in den letzten Jahrzehnten auf bi- und multilateraler Ebene entstanden sind, eine zentrale Rolle, da sie den städtischen Handlungsspielraum mitdefinieren. Durch die Implementierung von solchen Abkommen in die nationalstaatlichen Gesetze sind auch die Kommunen an diese Verträge und damit an ein marktorientiertes Handeln gebunden. So müssen öffentliche Aufträge ab einem bestimmten finanziellen Volumen aufgrund der Verordnungen zum Öffentlichen Beschaffungswesen öffentlich ausgeschrieben werden, Preisverhandlungen sind untersagt, und es gilt das Gebot der Nichtdiskriminierung der am Wettbewerb Teilnehmenden (Mullis 2009, S. 55 f.). Insofern kann festgehalten werden, dass Städte durch die aktuellen Gesetzgebungen und politischen Weichenstellungen in ein markt- und effizienzorientiertes Gefüge eingebunden sind, dass aber dieser Wandel zur Stadt als Unternehmen in wesentlicher Weise auch auf kommunalen Entscheiden beruht.

Rolle der Stadt im globalen Wettbewerb

Mit dem Neoliberalismus sind urbane Zentren im Vergleich zu früheren kapitalistischen Phasen verstärkt zum Motor des globalisierten Kapitalismus geworden, indem sie einen effizienten Ablauf von ökonomischer Interaktion in Raum und Zeit ermöglichen, Kapital in materieller Form binden und zu den zentralen Orten ökonomischer Tätigkeiten geworden sind. So boten etwa urbane Räume einen Investitionsrahmen und absorbierten renditeorientiertes Überschusskapital in der gebauten Struktur und der Ökonomisierung von Stadt (Reinhart, Rogoff 2008, S. 340 f.), was sich gerade im Zusammenhang mit der Subprime-Krise auf eindrückliche Weise verdeutlicht hatte. So war es der Bausektor, der als Basis für die kreditfinanzierte Kapitalakkumulation im internationalen Finanzsektor

diente. Dieser „Kapitalrecyclingmechanismus“ war nach dem Zerplatzen der New-Economy-Blase zum Jahrtausendwechsel enorm wichtig geworden, zumal die Krise um das Jahr 2000 große Mengen an Kapital freisetzte, das neu investiert werden musste (Harvey 2010). Thomas Sablowski (2009, S. 125) hebt deshalb hervor, dass der ganze Boom, der 2008 so jäh beendet wurde, nach 2000 stark am kreditfinanzierten Häusermarkt und am massiven Anstieg der Immobilienpreise hing.

Aber bereits zu früheren Zeitpunkten hatten Städte und die gebaute Umwelt eine wichtige Rolle gespielt. So betont Harvey (1985), dass die Geschichte der Urbanisierung und die der kapitalistischen Akkumulationsprozesse aufs Engste materiell und strukturell miteinander verbunden sind. Nicht erstaunlich ist also, dass eines der ersten antizyklischen staatlichen Wirtschaftsprogramme in Paris Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem massiven Bauboom führte (Goheen 1998, Harvey 2008). Aber etwa auch in den USA der Nachkriegszeit wurden große Mengen an Kapital in die gebaute Umwelt investiert. Das investierte Kapital war aber größtenteils kreditbasiert, was zu einer massiven öffentlichen und privaten Verschuldung führte. Versuche, die Verschuldung zu Beginn der 1970er Jahre über eine Ausweitung der Geldmenge zu mindern – was bis dahin ein gängiges Krisenbewältigungsmittel war –, hätte aber eine Zunahme der Inflation bedeutet, was in Kombination mit der schwierigen Wirtschaftslage auch zu einer Entwertung des in der gebauten Umwelt gebundenen Kapitals geführt hätte. Da gleichzeitig aber diverse Städte, allen voran New York City, vor dem finanziellen Ruin standen, hätte eine Entwertung von gebauter Infrastruktur zum Konkurs dieser Städte geführt (Harvey 1985, 2008). Insofern habe die spezifische Situation den Regierenden die Möglichkeit eröffnet, so Harvey (1985, S. 206), neue Formen von nicht-keynesianischen Modellen – wie etwa die Einführung einer streng monetaristischen Geldpolitik, Bankenliberalisierungen oder das Einleiten einer radikalen Sparpolitik bei den öffentlichen Dienstleistungen – in Betracht zu ziehen und so der Neoliberalisierung den Weg zu bereiten. Ein anderes Beispiel ist die politische Strategie der Stadt London, welche ihren Finanzplatz im Konkurrenzkampf mit anderen internationalen Finanzplätzen über eine marktorientierte und liberalisierte Politik zu stützen versuchte (French et al. 2009, S. 292).

Wie das Londoner Beispiel zeigt, waren aber auch städtische Politiken selbst ein integraler Bestandteil des Wandels zum Neoliberalismus, indem neue Formen von Eigentum, Investitionsmöglichkeiten und Steuererleichterungen für Investorinnen und Investoren geschaffen wurden (Weber 2002, S. 529). Dies führte zu einem massiven Zustrom von internationalem Investitionskapital in die Stadt als Wirtschaftsstandort und gebauter Umwelt, von dem zumindest jene Städte profitieren konnten, die sich im Wettbewerb einigermaßen gut platzierten.

Doch selbst bei diesen Städten war und ist der Zustrom von Investitionskapital keinesfalls unproblematisch: Städte ziehen in erster Linie renditeorientiertes Investitionskapital an (Harvey 2005, S. 118) und dies bleibt nur solange „vor Ort“, wie die Renditen für den Investierenden akzeptabel sind (Weber 2002, S. 530). Städte sind daher zu einer andauernden Absicherung ihrer Marktposition und Wettbewerbsfähigkeit gezwungen.

Aufwertung als Antwort

Dem ständigen Risiko des Abwanderns von Investorinnen und Investoren und Steuerzahlerinnen und -zahlern begegnen Städte nicht selten mit einer konsequenten Aufwertungs politik. Diese „Aufwertungsprogramme“ zielen auf eine normativ gesetzte qualitative Verbesserung des Raumes ab. Sie betreffen einerseits immaterielle Aspekte wie Image, Sauberkeit und Sicherheit, andererseits aber auch die gebaute private und öffentliche Infrastruktur. In diesem Kontext sind teilweise ganze Stadtteile von einer massiven „Aufwertung“ betroffen, deren Bausubstanz relativ zum Wert des Standortes zu tief liegt, die potenzielle Rente für die Nutzung des Bodens also höher liegt als die effektiv erzielte. Neil Smith (1996, S. 51 ff.) bezeichnet diese Differenz als Rent Gap. Wertverlust von Immobilien und das damit verbundene Absinken oder Stagnieren des sozialen Status von Stadtteilen gilt als ein fiskalisch reales Risiko, weshalb eine Minderung des Mietwertes schon ausreichen mag, um ganze Quartiere einer grundlegenden Aufwertung zu unterziehen (Weber 2002, S. 532). Im Zusammenhang mit dem diskursiv induzierten Wertverlust ist auch der Begriff der „sozialen Durchmischung“, der oftmals als Legitimation von Aufwertungsprogrammen vorgeschoben wird, kritisch zu hinterfragen. „Soziale Durchmischung“ wird nämlich nicht selten als Synonym für „soziales Aufwerten“, was auf die Aufwertung von Quartieren bzw. Stadtteilen durch Zuzug von besser verdienenden Schichten Bezug nimmt (Krajewski 2004, S. 103), verwendet. Meist wird nämlich, wenn von „sozialer Durchmischung“ gesprochen wird, auf sozial schlechter gestellte Stadtteile verwiesen, während gleichzeitig sozial homogene Stadtteile der Reichen nicht problematisiert werden (Smith 2002, S. 445). Oftmals wird die Debatte um „soziale Durchmischung“, wie aktuell in Dänemark, wo der Abbruch von Überbauungen gefordert wird, in denen überdurchschnittlich viele Ausländerinnen und Ausländer wohnen (Kaufmann 2011), zusätzlich rassistisch überlagert, was der Begrifflichkeit eine weitere problematische Konnotation zuweist.

Folge dieser Entwicklungen sind vielfältige Politiken der Aufwertung und Segregation, in deren Zuge ärmere Schichten zunehmend an den Stadtrand

oder gar aus der Stadt hinaus verdrängt werden. Diesen, als Gentrifizierung bezeichneten, allgegenwärtig gewordenen Prozess beschreibt Smith (2002) als Segregationsprozess, welcher als lokale Fortsetzung der globalen Produktion von ungleicher Entwicklung (Smith 1984), wie etwa der globalen Arbeitsteilung oder dem Nord-Süd-Gefälle, zu verstehen sei. Der Prozess der Gentrifizierung hat sich somit in den letzten Jahrzehnten in Parallelität mit den verschiedenen neoliberalen Konfigurationen seit seinem Aufkommen in den 1960er Jahren gewandelt (Lees et al. 2008, S. 173 ff.) und die öffentliche Hand ist heute über große Primärinvestitionen und Stadtteilimagekampagnen zu einer zentralen Akteurin innerhalb des Prozesses der Gentrifizierung geworden (Swyngedouw et al. 2002). Christoph Butterwegge (2007, S. 215) betont diesbezüglich, dass Städten heute eine „überragende Rolle bei der Ausdifferenzierung von Arm und Reich“ zukomme und so „Stadtentwicklungsplanung, die als Standortpolitik der Kapitallogik folgt“, maßgeblich zur räumlichen Segregation beitrage.

3. Perspektiven für eine linke Antwort

Anstelle eines Fazits und einer düsteren Prognose soll an dieser Stelle im Gegenteil versucht werden, positive Perspektiven und Anforderungen für eine linke Metropolenpolitik, die sich der Neoliberalisierung konkret entgegengestellt und eine Stadt einfordert, die den Ansprüchen aller genügt, zu formulieren.

Die Frage, welche Stadt wir wollen, ist, so Harvey (2008, S. 23), immer auch die Frage, welche Gesellschaft wir wollen. Henri Lefèbvre hatte diesbezüglich in seinem 1968 publizierten Essay „Le droit à la ville“ die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ formuliert. Die Parole „Recht auf Stadt“, die mittlerweile im Zusammenhang mit diversen städtischen sozialen Bewegungen eine Renaissance erlebt hat (Holm 2009), verstand Lefèbvre als das Recht auf Zugang und Mitgestaltung, aber auch als Recht, nicht in einen Raum abgedrängt zu werden, der zum Zweck der Diskriminierung geschaffen worden war (Lefèbvre 1972, S. 160). Die Konzeption des „Rechtes auf Stadt“ bezieht sich somit explizit auf das urbane Zusammenleben, das Recht auf zentralen Raum zur sozialen Interaktion, das Recht, Zeit und Lebensrhythmen selbst zu gestalten und die Stadt als egalitären Raum zugänglich zu haben (Schmid 2005, S. 184). Harvey (2008, S. 23) seinerseits sieht im „Recht auf Stadt“ das Potenzial und die Legitimität, die Gesellschaft selbst durch die Umgestaltung der Stadt zu verändern. Insofern sei das „Recht auf Stadt“ mehr ein allgemeines als ein individuelles Recht oder gar juristisches (Holm 2009), zumal der Prozess der Veränderung und Umgestaltung zwangsläufig ein gesellschaftlicher sei. Harvey definiert das „Recht auf

Stadt“ somit als gesellschaftliche Verhandlungssache und betont, in Anlehnung an Lefèbvre (1972, S. 105 f.), dass aktuell das „Recht auf Stadt“ eher in den Händen privat- und quasi-privatwirtschaftlicher Interessen liege (Harvey 2008, S. 38). In diesem Sinne bedeutet „Recht auf Stadt“ somit zum einen das Recht auf Partizipation und Zentralität und zum anderen Gestaltungsmacht, also ist damit immer auch Kampf und Konflikt um die Gestaltung von Stadt und die Handlungsmacht in der Stadt gemeint.

Eine Stadt, die den Bedürfnissen aller genügen soll, kann aber letztlich, weil die Differenzierung und Produktion von Ungleichheit dem Kapitalismus immanent ist (Smith 1984), nur außerhalb der kapitalistischen Logik erreicht werden. Dies bedingt das Herauslösen von Räumen und Produktionseinheiten aus der kapitalistischen Verwertungslogik und zielt darauf ab, die herrschende Politik zu delegitimieren und gleichzeitig die Gemeinschaft zu ermächtigen. Bedingung dafür ist aber die Demokratisierung der Nutzung und der Entscheidungsmacht.

Das Herauslösen von Räumen aus der mehrwertorientierten Verwertungslogik ist ein zentraler Aspekt des Widerstandes und der Artikulation des „Rechtes auf Stadt“, da so Räume geschaffen werden, in denen ohne Zwang Zusammentreffen möglich ist, Neues – unabhängig von Lebensrhythmus und Zeit – erarbeitet und artikuliert werden kann. Angesprochen sind konkrete Praxen der Ermächtigung im Raum, wie die Aneignung leer stehender Gebäude und Flächen, Begrünung von Betonwüsten, Schaffung von sozialen Zentren, Durchsetzung von Mobilität und der Wiederinanspruchnahme von zentralen Räumen. Neben solchen partiellen, räumlich klar begrenzten Politiken sind aber auch Versuche zum Herauslösen ganzer Lebensbereiche aus einem ökonomisierten Marktzwang zu nennen. So wurde an verschiedener Stelle die Dekommodifizierung des Wohnungsmarktes gefordert (Holm 2010, S. 71) oder die Lebensmittelversorgung durch Vertragslandwirtschaftsprojekte dem Markt entzogen (Soliterre 2011, Lettau 2010). Letztlich handelt es sich bei diesen Strategien um Verschiebungen der alltäglichen Praxen, was nach Lefèbvre ein zentraler Aspekt der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen ist:

[Die] Kritik am Alltag [...] erfasst zwar nicht die gesamte Praxis der [...] Epoche; deren wesentliche Ergebnisse hält sie aber fest. [...] Ein kritisches Vorgehen beinhaltet eine Kritik an Objekten und Subjekten, an Sektoren und Bereichen gleichermaßen. Indem die Kritik am Alltagsleben aufzeigt, wie die Menschen leben, erhebt sie zugleich Anklage gegen die Strategien, aus denen dieser Alltag erwachsen ist (Lefèbvre 1972: 149 f.).

Entsprechend der Forderung der World Charta for The Right to the City (WSF 2005) nach einem tragfähigen Gesellschaftsmodell und einem urbanen Leben auf

der Basis von Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit steht die Suche nach Möglichkeiten für eine wirkliche Demokratisierung der Entscheidungsmacht im Zentrum, zumal, wie Alex Demirović (2009) betont, die liberale Demokratie mit ihren Institutionen der Repräsentation versage und lediglich noch als Fassade aufrechterhalten werde; de facto aber die Bedürfnisse „global operierender Unternehmen“ und lokaler Eliten bedient würden. Zusätzlich laufen auch die Strategien der Repräsentation, Anerkennung und Integration, wie sie lange Zeit auch innerhalb der Linken als mögliche politische Strategie betrachtet wurden, ständig Gefahr, vom neoliberalen Projekt vereinnahmt zu werden (Day 2005, S. 68). Margit Mayer (2007, S. 92) verweist dabei darauf, dass neoliberale Politiken Kritik und vormals progressive Konzepte wie „Selbstervertrauen“ oder „Autonomie“ oftmals in einer regressiven, individualisierenden und wirtschaftlichen Weise von den Entscheidungsträgerinnen und -trägern redefiniert und internalisiert haben.

Richard Day (2005) plädiert deshalb dafür, dass der gesellschaftliche Wandel community-based sein und sich außerhalb bestehender Institutionen konstituieren müsse. Mittels selbstbestimmter Organisation von Stadtteilen und durch den Zusammenschluss in Netzwerken kann demnach eine aktive Politik betrieben werden, die über den Bezug von eigenen Positionen die Entscheidungen der herrschenden Politik bewusst untergräbt und delegitimiert. Es kann dabei aber nicht darum gehen, lediglich eine Haltung des Widerstandes einzunehmen, sondern vermehrt sollte auch proaktiv auf der Basis der gemeinschaftlichen Entscheidungen gehandelt werden, demnach von der Kritik über die Vision zum konkreten Realisieren übergegangen werden. Dieser Prozess ist immer ein konfliktreicher, jedoch sollte genau die konstruktive Aufnahme dieser Auseinandersetzung eine linke Metropolenpolitik kennzeichnen, denn ohne diese wird keine grundlegende Veränderung möglich sein.

Einen Ansatz hierfür bietet das aus verschiedenen städtischen ArbeiterInnen-Bewegungen in den USA hervorgegangene Programm des „Kommunalen Sozialismus“. Die sich darauf berufenden Zusammenschlüsse organisieren sich bewusst außerhalb gängiger politischer Institutionen wie Parteien oder Gewerkschaften und fokussieren über die Artikulation konkreter Forderungen, wie etwa bezahlbare Wohnungen, Zugang zu Mobilität, Nichtdiskriminierung farbiger Mitbürgerinnen und Mitbürger oder Anerkennung von Hausarbeit als würdevoller Arbeit auf den Zusammenschluss ganzer Nachbarschaften, Städte und Arbeitssektoren. Der organisatorische Fokus liegt dabei einerseits auf spezifischer Kampagnenarbeit sowie partizipativer Organisation und Aktionen, hat sich andererseits aber auch in Richtung Teilnahme an Kommunalwahlen verschoben,

um so auch in den Parlamenten direkt präsent zu sein (Liss, Awatramani 2010). Der Grat zwischen kritischer Partizipation in staatlichen Gremien und gänzlicher Integration in diese ist aber ein schmaler und, wie oben dargelegt, geht die neoliberal konfigurierte Politik extrem adaptiv mit emanzipatorischen Inputs um. Insofern muss stets eine intensive Überprüfung der Handlungsweisen auf der parlamentarischen Ebene mit den eigentlich gesteckten Zielen erfolgen, um so zu verhindern, auf halbem Weg verloren zu gehen.

Als mögliche konkrete Zielsetzungen, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden könnten, nennt Harvey (2009, S. 44) sodann etwa das Unterbinden von Zwangsräumungen nach Eintreten der Zahlungsunfähigkeit von Privathaushalten, die konsequente politische Integration der Bewohnerinnen und Bewohner unabhängig von ihrer Nationalität und Maßnahmen wie die Gründung von öffentlichen Wohnungsbaugenossenschaften zur Entkommodifizierung des Wohnungsmarktes. Jon Liss (2008) seinerseits sieht im Ansatz des „Kommunalen Sozialismus“ eine Möglichkeit, das „Recht auf Stadt“ zu erkämpfen, und streicht dabei die Zielsetzung, die Kontrolle über die öffentlichen Finanzen zu erlangen, als die zentrale hervor. Harvey (2009a, S. 46) unterstreicht die Bedeutung der Forderung nach Partizipation und Einbeziehung in die kommunale Haushaltspolitik, weil es im Zuge der Neoliberalisierung der besitzenden Gesellschaftsschicht gelungen sei, die Vergesellschaftung und soziale Umverteilung von Kapitalgewinnen zu unterbinden, und sie sich so massiv bereichert habe (ebd., S. 44). Jedoch muss dabei das Recht auf Mitbestimmung auch als solches erkannt und mit politischen Inhalten gefüllt werden. Denn sonst wird die faktische Möglichkeit der Partizipation hinfällig, wie dies etwa in der Schweiz der Fall ist, wo zwar über die kommunalen Budgets an der Urne befunden wird, aber kaum je eine Debatte über deren Inhalt zustande kommt.

Literatur

- Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg: VSA.
- Borer, Rainer (2011): *Durchgezogene WEF-Bilanz*, *Echo der Zeit*, SR DRS 1, 30.01.2011, in: <http://www.drs1.ch/www/de/drs1/sendungen/echo-der-zeit/de/drs1/sendungen/echo-der-zeit/2646.bt10166723.html> (31.01.2011).
- Brenner, Neil (1999): *Globalisation as Reterritorialisation: The Re-scaling of Urban Governance in the European Union*, in: *Urban Studies*, 36 (3), S. 431-451.
- Brenner, Neil; Peck, Jamie; Theodore, Nik (2010): *After Neoliberalization?*, in: *Globalizations*, 7 (3), S. 327-345.
- Brenner, Neil; Theodore, Nik (2002): *Cities and the Geographies of „Actually Existing Neoliberalism“*, in: *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 34 (3), S. 349-379.

- Bruderer, Urs (2010): Die EU zwischen Freihandel und Protektion, *Echo der Zeit*, 09.11.2010, SR DRS 1, in: <http://www.drsl.ch/www/de/drsl/sendungen/echo-der-zeit/de/drsl/sendungen/echo-der-zeit/2646.bt10157933.html> (06.01.2011).
- Butterwegge, Christoph (2007): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hg.) (2007): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 135-219.
- Day, Richard J.F. (2005): *Gramsci is Dead. Anarchist Currents in the Newest Social Movements*. London: Pluto Press.
- Demirović, Alex (2008): Liberale Freiheit und das Sicherheitsdispositiv. Der Beitrag von Michel Foucault, in: Purtschert, Patricia; Meyer, Katrin; Winter, Yves (Hg.) (2008): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: transcript, S. 229-250.
- (2009): Rätedemokratie oder das Ende der Politik, in: *Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 155, 39 (2), S. 1-28.
- Engartner, Tim (2007): Privatisierung und Liberalisierung – Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors, in: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hg.) (2007): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 87-133.
- Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Vorlesung am Collège de France 1978-1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- French, Shaun; Leyshon, Andrew; Thrift, Nigel (2009): A very geographical crisis: the making and breaking of the 2007-2008 financial crisis, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 2, S. 287-302.
- G20 (2009): The Global Plan for Recovery and Reform 02 April 2009, Abschlusserklärung des G20 Gipfels vom 02. April 2009 in London, in: <http://www.g20.org/Documents/final-communique.pdf> (10.04.2009).
- (2010): The G20 Seoul Summit Declaration, Abschlusserklärung des G20 Gipfels vom 11.-12. November 2010 in Seoul, in: http://www.g20.org/Documents2010/11/seoulsummit_declaration.pdf (12.01.2011).
- Goheen, Peter G. (1998): Public space and the geography of the modern city, in: *Progress in Human Geography*, 22 (4), S. 479-496.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Harvey, David (1985): *The urbanization of capital. Studies in the history and theory of capitalist urbanization*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism, in: *Geografiska Annaler. Series B, Human Geography: The Roots of Geographical Change 1973 to the Present*, 71 (1), S. 3-17.
- (1992): Capitalism: the factory of fragmentation, in: Harvey, David (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 121-127.
- (2005): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford/New York: Oxford University Press.

- (2008): The Right to the City, in: *New Left Review*, 53, S.23-40.
- (2009a): Der Finanzstaatsstreich, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54 (7), S. 37-47.
- (2009b): Wir müssen uns das Recht auf Stadt zurückerobert. Interview, geführt von Mary Anne Walkley und Christin Bernhold, in: *Analyse und Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis*, 542, 19.09.2009.
- (2010): The Enigma of Capital and the Crisis this Time. Paper prepared for the American Sociological Association Meetings. Atlanta: 16. August 2010, in: <http://davidharvey.org/2010/08/the-enigma-of-capital-and-the-crisis-this-time/> (10.12.2010).
- Hayek, Friedrich A. von (1973): *Liberalismus*, in: Hayek, Friedrich A. von (2002): *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, Bd. 5, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 88-142.
- (2003a): Die marktliche Ordnung oder Katallaxie, in: Hayek, Friedrich A. von (2003): *Recht, Gesetz und Freiheit. Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, Bd. 4, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 258-283.
- (2003b): Staatliche Politik und Markt, in: Hayek, Friedrich A. von (2003): *Recht, Gesetz und Freiheit. Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, Bd. 4, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 371-403.
- (2005): Wirtschaftspolitik im Rechtsstaat, in: Hayek, Friedrich A. von (2005): *Die Verfassung der Freiheit. Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, Bd. 3, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 304-318.
- Heeg, Susanne; Rosol, Marit (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 149, 37 (4), S. 491-509.
- Holm, Andrej (2009): Recht auf Stadt – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. (Hg.): *Die Stadt im Neoliberalismus. Erfurt: RLS/Gesellschaftsanalyse*, S. 27-37.
- (2010): Wir bleiben Alle!: Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast Verlag.
- Judt, Tony (2009): *Geschichte Europas. Von 1945 bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Kaufmann, Bruno (2011): Rechtspopulismus: In Dänemark beeinflusst die Ausländerpolitik den Städtebau, SR DRS 1, 28.01.2011, in: <http://www.drsl.ch/www/de/drsl/sendungen/echo-der-zeit/de/drsl/sendungen/echo-der-zeit/2646.bt10166648.html> (01.02.2011).
- Klein, Naomi (2007): *The Shock Doctrine*. London: Penguin Books.
- Kobler, Eveline (2011): WEF: Kritik an Philipp Hildebrand, *Echo der Zeit*, SR DRS 1, 29.01.2011, in: <http://www.drsl.ch/www/de/drsl/sendungen/echo-der-zeit/de/drsl/sendungen/echo-der-zeit/2646.bt10166701.html> (31.01.2011).
- Krajewski, Christian (2004): Gentrification in zentrumsnahen Stadtquartieren am Beispiel der Spandauer und Rosenthaler Vorstadt in Berlin-Mitte, in: Endlicher, W.

- et al. (Hg.) (2004): Tagungsband 29, Deutscher Schulgeographentag, „Zwischen Kiez und Metropole – Zukunftsfähiges Berlin im neuen Europa“. Berlin: Berliner Geographische Arbeiten, Bd. 97, S. 103-107.
- Lebuhn, Henrik (2007): Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt, in: *Prokla*, 37 (4), S. 529-545.
- Lees, Loretta; Slater, Tom; Wily, Elvin (2008): *Gentrification*. London: Routledge.
- Lefèbvre, Henri (1968): *Le droit à la ville*. Paris: Anthropos.
- (1972): *Die Revolution der Städte*. Frankfurt am Main: Syndikat.
- Lettau, Marc (2010): Urbaner Handschlag mit den Bauern, *Der Bund*, 03.04.2010, in: <http://www.derbund.ch/bern/Urbaner-Handschlag-mit-den-Bauern/story/27236411> (29.12.2010).
- Liss, Jon (2008): Vortrag an der „Right to the City“-Konferenz, 06.-08.November 2008. Berlin, in: http://multimedia.metropolitanstudies.de/RTTC_Conference/Samstag/13-JonLiss.mp3 (26.01.2011).
- Liss, Jon; Awatramani, Rishi (2010): New Kids on the Historic Bloc. Workers' Centers and Municipal Socialism. A Summary and Postscript. Zusammenfassung des Artikels „New Kids on the Historic Bloc“ von Jon Liss und David Staples, in: <http://www.organizingupgrade.com/2010/04/new-kids-on-the-historic-bloc> (26.01.2011).
- Marchart, Olivier (2010): Willkommen im Zeitalter der Dauererregung, Interview in *Der Bund*, 29. Dezember 2010, geführt von Michèle Binswanger, Bern, in: <http://www.derbund.ch/kultur/buecher/Willkommen-im-Zeitalter-der-Dauererregung/story/2347983> (29.12.2010).
- Mayer, Margit (2007): Contesting the Neoliberalization of Urban Governance, in: Leitner, Helga; Peck, Jamie; Sheppard, Eric (Hg.): *Contesting neoliberalism. Urban Frontiers*. New York: Guilford Press, S. 90-115.
- Miller, Damien; Toussaint, Eric (2004): *Who owes who? 50 questions about world debt*, London: Zed Books.
- Mitchell, Don (1997): Die Vernichtung des Raums per Gesetz: Ursachen und Folgen der Anti-Obdachlosen-Gesetzgebung in den USA, in: Belina, Bernd; Michel, Boris (Hg.) (2007): *Raumproduktion. Beiträge der radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 256-289.
- Mullis, Daniel (2009): *Gentrification und Neoliberalisierung: Die Berner Stadtplanung im Fokus. Eine kritische Analyse der Stadtplanungsdokumente am Beispiel des Lorrainequartiers*. Bern: Forschungsberichte, Geographisches Institut der Universität.
- Opitz, Sven (2008): Zwischen Sicherheit und Securitization: Zur Analytik illiberaler Gouvernementalität, in: Purtschert, Patricia; Meyer, Katrin; Winter, Yves (Hg.) (2008): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: transcript, S. 201-228.
- Peck, Jamie (2008): Remaking laissez-faire, in: *Progress in Human Geography*, 32 (1), S. 3-43.
- (2010): Zombie neoliberalism and the ambidextrous state, in: *Theoretical Criminology*, 14 (1), S. 104-110.

- Peck, Jamie; Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space, in: *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 34 (3), S. 380-404.
- Pelizzari, Alessandro; Zeller, Christian (Hg.) (2005): *Service Public. Perspektiven jenseits der Privatisierung*. Attac Schweiz. Zürich: Rotpunktverlag.
- Ptak, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hg.) (2007): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag, S.13-86.
- Reiner, Christian (2010): Schnelles Geld – sauer verdient – schnell verspielt. Kommunale Finanzen und Cross-Border Leasing in der Krise, in: *Lunapark21, Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie*, Heft 9, Frühjahr 2010, S. 47-50.
- Reinhart, Carmen M.; Rogoff, Kenneth S. (2008): Is the 2007 US Sub-Prime Financial Crisis So Different? An International Historical Comparison, in: *American Economic Review*, American Economic Association, 98 (2), S. 339-344.
- Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise, in: *Kritische Justiz*, 42 (2), S. 116-131.
- Schipper, Sebastian; Belina, Bernd (2009): Die neoliberale Stadt in der Krise? Anmerkungen zum 35. Deutschen Städtetag unter dem Motto „Städtisches Handeln in Zeiten der Krise“, in: *Zeitschrift Z*, 20 (80), S. 38-51.
- Schmid, Christian (2005): *Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefèbvre und die Theorie der Produktion des Raumes*. München: Franz Steiner.
- Smith, Neil (1984): *Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space*. London/New York: Verso.
- (1996): *The New Urban Frontier. Gentrification and the revanchist city*. London/New York: Routledge.
- (2002): New Globalism, New Urbanism: Gentrification as Global Urban Strategy, in: *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 34 (3), S. 427-450.
- Soliterre (2011): *SoliTerre. Regionale Vertragslandwirtschaft* Bern, in: <http://www.soliterre.ch/infos/index.html> (09.01.2011).
- Soltermann, Beat; Mugglin, Markus (2009): Die Rolle des IWF in Krisenzeiten. Tagesgespräch, moderiert von Mark Lehmann, 24. April 2009, SR DRS 1, in: <http://www.drs.ch/www/de/drs/sendungen/tagesgesprach/2782.sh10080035.html> (05.01.2011).
- Swyngedouw, Erik; Moulaert, Frank; Rodriguez, Arantxa (2002): Neoliberal Urbanization in Europe: Large-Scale Urban Development Projects and the New Urban Policy, in: Brenner, Neil; Theodore, Nik (Hg.) (2002): *Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Malden: Blackwell Publishing, S. 195-229.
- Waßmuth, Carl (2010): Planwirtschaft Privater Profiteure, in: *Lunapark21, Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie*, Heft 9, Frühjahr 2010, S. 45-46.
- Weber, Rachel (2002): Extracting Value from the City: Neoliberalism and Urban Redevelopment, in: *Antipode. A Radical Journal of Geography*, 34 (3), S. 519-540.
- WSF (2005): *World Charter for the Right to the City*, World Social Forum, in: <http://urbanreinventors.net/3/wsf.pdf> (14.01.2011).